

Volkszeitung



Zeitung

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit Kurzzettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Belagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ulstein: Chefredakteur: Georg Bernbard, Verantw.
Red. im Ansb. d. Handelt. 1. V. Karl Wolfgang Philipp. Ill.
Ver. Mannsch. werden nur zurückg. wenn Foto beilieg.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Veranspr. Zentrale Ulstein: Amt Dönhofs (A 7) 3600-3605,
für den Fernverkehr: Amt Dönhofs 3608-3692. Telegraf.
Adresse: Ulsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 660.

Entscheidung der Demokraten

Für Deutsche Staatspartei / Die Führerfrage

Am Dienstag des Reichstages tagt der Demokratische Partei- auschuß vollständig zum letzten Male. Denn die Demokratische Partei wird der neuen Deutschen Staatspartei für die Wahlen ihren Apparat, ihre Organisation zur Verfügung stellen und sich dann auflösen, weil sie zum allergrößten Teil in der politischen Kampfabwicklung aufgegangen sein wird.

Dies ist der beherrschende Eindruck, den man schon unmittelbar nach dem Referat von Rod-Weser, nach der Disaffirmationsdeklaration gewinnt: die höchste Instanz der Demokratischen Partei, vor die vollendete Tatsache gestellt, billigt mit überwiegender Mehrheit die Aktion ihres Führers, folgt ihm auf dem Wege der in die Deutsche Staatspartei. Die Disaffirmation, die erst am Nachmittag abgeschlossen wird, ging mehr um die Frage der Führerschaft und die programmatische Gestaltung, als um die Eingetragung selbst.

Rod-Weser begründete, warum er ohne formelle Zustimmung des Parteiaussschusses an der Gründung der Deutschen Staatspartei mitgewirkt habe. Es müßte wohl gebührend werden, als der Reichstag auftritt, und die Bildung dieser Aktion noch im Grunde bereits durch eine Entschlüsselung des Parteiaussschusses gestilligt, die im Mai in Halle gefaßt wurde. Auch in einer Beratung mit den Vorständen der einzelnen Volkspartei habe sich ergeben, daß diese zwar mit Entschiedenheit gegen eine Addition bestehender Parteien Stellung nehmen, aber freudig für die Neugründung einer größeren Partei eintreten, namentlich in Anbetrachtung um die Volkswirtschaftliche Reformen. Das Vergehen des Vorstehens der Deutschen Volkspartei, Dr. Engel, bewies, daß man auf dem altererbahnen Wege zu keinem Ergebnis komme, sondern lediglich nach der Möglichkeit habe, die Schuld an dem Scheitern der Verhandlungen den anderen aufzuführen.

Die neue Partei sei sich einig in dem Ziel der Vereinigung der Republik gegenüber Angriffen der radikalen Parteien rechts und links. Es müßte, so betonte der Parteivorstand, eine Partei vorhanden sein, die in jugendlichen Sphären diejenige Politik vertritt, die notwendig ist. Ein besonderer Erfolg sei es, daß Männer der Reichsliste und Mitglieder der Reichsliste und der Christlichen Gewerkschaften mit dem besten, klaren Bekenntnis zur heutigen Privatwirtschaftsordnung zusammengebracht worden seien. Ein harter Wille, die notwendigen Reformen, insbesondere die Wahlreform und die Reichsreform, zu vollziehen, erfüllte die neue Organisation. Er selbst werde es als eine der ersten Aufgaben der neuen Partei ansehen, zu geheimer Zeit Volksabgeordneten für eine Wahlreform und für die Reichsreform ins Leben zu rufen.

Rod-Weser wandte sich dann der Stellungnahme der neuen Partei zur Sozialdemokratie zu. Er halte die geistige Art, in der die Sozialdemokratie die neue Partei aufgenommen habe, für eine der größten Ungeschicklichkeiten der Sozialdemokratischen Partei. Jetzt können doch Menschen zusammen, die der Sozialdemokratie wirklich unfeindlich gegenüberstehen und dadurch bereit seien, erforderlichenfalls auch mit ihr zusammenzugehen. Jedes auch nur latente Zusammengehen mit Hitler oder Döngers lehne die neue Partei mit aller Entschiedenheit ab.

Einiger Widerspruch machte sich aus der Versammlung heraus bemerkbar, als der Parteiführer dann über das Zusammengehen mit der Volkswirtschaftlichen Reformvereinigung sprach. Er wies darauf hin, daß die neue Partei mit absoluter Entschiedenheit auf dem Standpunkt der völligen Ablehnung aller Staatsabgeordneten stehe. Es gebe in ihr weder politische noch soziale, noch konfessionelle oder reformistische Unterschiede. (Gerufe: Und der Jungbo?) Arthur Braßman habe nicht für seine Person, sondern für seine bisherige Partei, die ausdrückliche Erklärung abgegeben, daß Antisemitismus in jeglicher Form ihm fern liege und daß er es

wen man sich Entschlossenheit als eine Verleumdung ansehen würde, auf das Antisemitismus vorwerfe.

Die Anfangsarbeiten der neuen Partei seien nach nicht abgeschlossen; die nächsten Tage würden weitere Entscheidungen bringen. Die Republik dürfe nicht Interkone werden, sonst folge der Reaktion die Revolution; sie könne nur evolutionär sein, und die neue Partei werde dazu beitragen, eine fortschrittliche, evolutionäre Republik zu schaffen. Die eigentliche Repräsentation der Partei könne erst nach den Wahlen erfolgen. Bei der Aufstellung der Kandidaten werde man besonderen Wert auf die Vereinigung der Jungen und der Frauen legen. Rod appellierte zum Schluß an die Parteimitglieder, die Einsicht und die Opferwilligkeit seiner Freunde und erbat vom Ausschusse die Billigung seines Vorgehens. Als erster Redner aus der Versammlung sprach Professor

Sellpach der es als ein wichtiges Erfordernis beschrieb, daß die neue Partei aus dem neuen Rahmen gefaßt werde. Er hält es für das Richtige, wenn an der Spitze der Deutschen Staatspartei der Reichstagsler und Reichsfinanzminister Dietrich tritt.

Weslar und Scholz

Am Tag der Begründung der Konserwativen Staatspartei verankelte Graf Weslar einen Tee im Kaiserhof, bei dem er eine Ansprache hielt.

Bei dieser Gelegenheit soll er erklärt haben, er halte ein praktisches Zusammengehen mit der Deutschen Staatspartei und anderen Parteien für angemessen, so auch die neue Konserwativen Partei eine ausgeglichene Rechtspartei sein müßte.

Diese Erklärung wird jetzt demontiert. Die Presse hatte der Konserwativen Partei erklärt, Graf Weslar habe im Gegenteil eine „enge praktische Zusammenarbeit mit der Deutschen Staatspartei als dringend erwünscht und nur die Aufstellung einer gemeinsamen Liste als zur Zeit undurchführbar bezeichnet“.

Das Ehrenmal

Tessenows Entwurf zur Ausführung bestimmt

Amlich wird mitgeteilt, daß die Reichsregierung und preussische Staatsregierung sich in dem einstimmig zustimmenden haben, den Entwurf von Heinrich Tessenow für die Umgestaltung der Schinkel'schen Hauptmaße unter den Linden zu einer Gedächtnisstätte für die Gefallenen des Weltkrieges anzunehmen und dem Künstler die Ausführung zu übertragen.

Die Entscheidung der Regierung ist sehr schnell gefallen, da man die Arbeiten beschleunigen will und, wie bereits mitgeteilt, möglichst schon am Totensonntag im November das Ehrenmal errichten möchte. Tessenows Vorhaben ist überall, auch in der „Volksstimme“, mit der Anerkennung aufgenommen worden, die er verdient. Aber es ist in der Öffentlichkeit auch nachdrücklich darauf hingewiesen worden, daß streng genommen dieser Entwurf, der vom Gutachterkollegium an erster Stelle hervorgehoben wurde und nun Offiziel werden soll, nur nicht den Bedingungen des ausgeschriebenen Wettbewerbs entspricht. Man hätte in der Ausführung erwarten müssen, daß die Regierung sich hierüber geäußert und eine Erklärung abgegeben hätte. Mit der Niederschrift der Erwägungen der Jury in ihrem Protokoll ist es nicht geschehen. Das ist ein privates Schriftstück, mit dem die Öffentlichkeit nichts zu tun hat. So hoch wir Tessenows edle und würdige Lösung der Aufgabe schätzen, — hier ist ein Fehler des Verfahrens. Es handelt sich nicht um formellen Rechtsstreit, sondern um die Bedeutung eines einfachen Rechtsverfahrens. Dringend ist zu hoffen, daß die bisher sehr mäßige Erklärung nachgeliefert wird, wenn nicht der peinliche Reueingehandlung eines einigermaßen bittaktigen Verfahrens hervorgehen werden soll.

Hebendes sich die Öffentlichkeit eine Mitteilung darüber erwarten, daß Tessenows wortreiche Arbeit nach den verschiedenen Gesichtspunkten hin, die in den Kreisen von Künstlern und Architekten geltend gemacht worden sind und auch in den Besprechungen der Presse zum Ausdruck kommen, noch durchgearbeitet und verbessert werden soll. Wir nehmen an, daß dies ohnehin geschehen wird. Aber auch hier würde es doch wohl richtig, der Allgemeinheit ein Wort zu sagen. Wir sind ja nicht mehr Obrigkeitstaat, wo der Bürger sich dabei zu be-

rühnen hätte, daß die Behörden schon für sie sorgen würden. Das alles müßte gesagt sein. Nachdem es geschehen, darf man erwarten, normalerweise aus einem tiefen Gefühl für den angelegten Zweck entstehender Plan zu einem befriedigenden Ergebnis führen zu können. M. O.

Bekanntnis zur Staatspartei

Der reichsführende Ausschuss der Februar-Klub-Bewegung in Köln erläßt eine Erklärung, in der die enbliche zustimmende Begründung der Deutschen Staatspartei begrüßt wird, als erster Schritt zu jener Sammlung, welche die Februar-Klub aufreibe. Die Mitglieder werden ermahnt, der neuen Partei beizutreten zu willigen und ihr dadurch Stoffpunkt zu verleihen. Es sei zu wünschen, daß die Deutsche Staatspartei, deren Führer die bürgerliche Sammlung mit christlichem Willen anstrebe, durch geschlossenen Willen der Deutschen Staatspartei deren Grundlage erweitert und damit auch eine Zersplitterung ihrer eigenen Kräfte vermeide.

Retriker der „Front 1929“, die gestern in Berlin im Aero-Club tagten, faßten eine Entschlüsselung, die der Gründung der Deutschen Staatspartei zustimmen.

Am Montag wird Reichsfinanzminister Dietrich in einer großen Versammlung in Aachen über die Stellung der politischen Lage nehmen und vor allem über die Gründung der Staatspartei sprechen.

Kommunisten-Blünderungen in Tschangschä

London, 30. Juli / Ulstein-Nachrichtendienst

Nach Meldungen aus Pankau hat der Vorstoß kommunistischer Banden auf die Stadt Tschangschä, dem strategischen Mittelpunkt der Provinz Szechuan, mit einer Besetzung der Stadt geadert, die in Gänze scheitern sollte. Politische öffentliche Gebäude und Geschäftslokale, selbst das britische Konsulat sind geplündert und teilweise zerstört. Fast alle Ausländer konnten auf das britische Konsulat „Aphs“ flüchten, jedoch hat drei amerikanische Missionare und ein italienischer Priester gefangen genommen worden.

Kinderlähmungs-Epidemie in Finnland

Stockholm, 30. Juli / Ulstein-Nachrichtendienst

Im südlichen Finnland ist eine schwere Kinderlähmungs-Epidemie ausgebrochen, die bereits eine große Anzahl Todesopfer gefordert hat. In mehreren Orten mußten die Volksschulen in Kronenbühler umgewandelt werden. Auch aus dem nördlichen Schweden werden Fälle von Kinderlähmung gemeldet.

MacDonald über die ägyptischen Unruhen

London, 29. Juli / Ulstein-Nachrichtendienst

Am Verlaufe der heutigen Unterhaus-Debatte über die Außenpolitik der englischen Regierung, wie Churchill sofort Kritik an der ägyptischen Politik. Er warf der Regierung hauptsächlich die Abwertung des früheren Oberkonsuliers, Lord Cromer, sowie die unglückliche Initiative während der ergebnislos verlaufenen anglo-ägyptischen Verhandlungen vor. Die jüngsten Briten Zusammenkünfte, die bei Beibehaltung der gegenwärtigen ägyptischen Politik an Verhandlung zunichte würden, führte Churchill zurück auf den Standpunkt, Retor und Misgünstigen von

britischen Truppen zu entlassen und diese Truppen nach dem Einzug und dem Euro-Kanal zurückzuführen.

In Abwesenheit des Außenministers, der bereits in Urlaub gegangen ist, erwähnte MacDonald, die Ansicht der englischen Regierung ist, daß die ägyptischen Ägyptischen Zivilisten innerpolitische Natur seien und daß die englische Regierung kein Recht habe, sich einzumischen, solange das Leben der Europäer in Ägypten nicht unbedingt in Gefahr sei. Die Streitigkeiten, die nach Ägypten beordert wurden, um das Leben der Europäer zu schützen, seien bereits wieder abgeklungen.